

Chalmers Johnson nennt die Gründe für die dringend notwendige Auflösung der US-Basen im Ausland und die Schritte, die dazu unternommen werden müssen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 173/09 – 10.08.09

Drei gute Gründe, unser Imperium zu liquidieren, und zehn Schritte, die dazu notwendig sind

Von Chalmers Johnson
TomDispatch.com, 30.07.09

(http://www.tomdispatch.com/post/175101/chalmers_johnson_dismantling_the_empire)

Wie ehrgeizig die innenpolitischen Pläne des Präsidenten Obama auch sein mögen, ein kaum beachtetes Problem könnte seine sämtlichen angekündigten Reformbestrebungen zunichte machen. Man könnte es mit einem 800 Pfund schweren Gorilla in unserem amerikanischen Wohnzimmer vergleichen: Ich meine damit unsere seit vielen Jahren von Imperialismus und Militarismus geprägten Beziehungen zu anderen Staaten und das riesige, weltweite, uns ruinierende Imperium unserer (Auslands-)Basen, das dafür errichtet wurde. Das Versäumnis, sich mit unserem aufgeblähten Militärapparat und seinem verschwenderischen Einsatz in Konflikten, für die er völlig ungeeignet ist, zu beschäftigen, wird für die Vereinigten Staaten zwangsläufig früher oder später drei verheerende Folgen haben: ein überdehntes (nicht mehr zu beherrschendes) Imperium, Krieg ohne Ende und den Staatsbankrott; diese Entwicklung wird wahrscheinlich zu einem ähnlichen Zusammenbruch führen, wie ihn die frühere Sowjetunion erlebt hat.

Nach einer offiziellen Liste des Pentagons aus dem Jahr 2008 besteht unser Basen-Imperium aus 865 Militärstützpunkten in mehr als 40 ausländischen Staaten und überseeischen US-Territorien. (s. dazu http://www.defenselink.mil/pubs/BSR_2007_Baseline.pdf. und http://www.truthdig.com/arts_culture/item/20090514_chalmers_johnson_on_the_cost_of_empire.) Wir haben mehr als 190.000 Soldaten in 46 Ländern und Territorien stationiert. In einem einzigen Land – in Japan – hielten sich Ende März 2008 insgesamt 99.295 mit dem US-Militär verbundene Personen auf – 49.364 Soldaten, 45.753 Familienangehörige und 4.178 US-Zivilangestellte. Ungefähr 13.975 davon lebten auf der kleinen Insel Okinawa, die unter der größten Konzentration ausländischer Truppen in ganz Japan leidet.

(Zum Vergleich: In der Kaiserslautern Military Community / KMC, der nach US-Angaben größten US-Militärkolonie außerhalb der Vereinigten Staaten, lebten im Jahr 2006 nach einer uns vorliegenden Statistik der 435th Comptroller Squadron insgesamt 44.513 US-Amerikaner: 14.485 Soldaten – 9.314 von der US-Army und 4.835 von der US-Air Force – 16.440 Familienangehörige der Soldaten und 13.588 US-Zivilangestellte einschließlich ihrer Familienangehörigen und der hier wohnenden US-Ruheständler. Die Stadt und der Landkreis Kaiserslautern haben zusammen ca. 220.000 einheimische Einwohner und eine Fläche von ca. 780 km². Die Insel Okinawa hat ca. 1,374 Millionen Einwohner und eine Fläche von ca. 2.276 km².)

Diese massive Konzentrationen US-amerikanischer Militärmacht außerhalb der Vereinigten Staaten ist für unsere Verteidigung nicht erforderlich. Sie ist allenfalls ein Hauptgrund für unsere zahlreichen Konflikte mit anderen Staaten. Sie kostet uns auch unvorstellbar viel Geld. Nach Anita Dancs, einer Analytikerin der Website Foreign Policy in Focus (Außenpolitik im Blickpunkt), geben die Vereinigten Staaten jährlich etwa 250 Milliarden Dollar für die Aufrechterhaltung ihrer weltweiten militärischen Präsenz aus. Der alleinige Zweck

(unserer Auslandsbasen) besteht darin, uns die Hegemonie – also die Kontrolle oder Herrschaft – über so viele Staaten auf unserem Planeten wie möglich zu sichern. (s. <http://www.fpif.org/fpiftxt/6231>)

Unser Verhalten ähnelt dem der Briten nach dem Zweiten Weltkrieg: Wir versuchen verzweifelt ein Imperium zu erhalten, das wir nie gebraucht haben, und das wir uns nicht länger leisten können; wir wenden dabei Methoden an, die häufig denen der untergegangenen Imperien der Vergangenheit ähneln – zum Beispiel denen der Achsemächte im Zweiten Weltkrieg und denen der zerfallenen Sowjetunion. Dabei könnte das britische Beispiel eine wichtige Lehre für uns sein. Großbritannien hat 1945 begonnen, sein Empire relativ freiwillig aufzulösen, ohne durch eine Niederlage im Krieg dazu gezwungen zu sein – wie das bei Japan und Deutschland der Fall war, oder nach aufreibenden Kolonialkonflikten – denen sich die Franzosen und die Niederländer beugen mussten. Wir sollten dem damaligen britischen Beispiel folgen. Leider werden die Briten zur Zeit rückfällig und folgen unserem (schlechten) Beispiel, indem sie uns im Afghanistan-Krieg unterstützen.

Es gibt drei elementare Gründe, warum wir unser Imperium liquidieren müssen, bevor es uns liquidiert.

1. Wir können uns unsere aus dem Zweiten Weltkrieg erwachsene Expansionspolitik nicht mehr leisten

Kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten hat Barack Obama in einer Rede, in der er mehrere Mitglieder seines neuen Kabinetts vorstellte, als (unumstößliche) Tatsache verkündet, dass "wir die stärkste Militärmacht auf dem Planeten bleiben müssten". Einige Wochen später, am 12. März 2009, betonte der Präsident in einer Rede in der National Defense University (in der Nationalen Verteidigungsuniversität) in Washington DC erneut: "Wir dürfen jetzt keinen Fehler machen, unsere Nation muss ihre militärische Überlegenheit bewahren. Wir werden die stärksten Streitkräfte in der Geschichte dieser Welt haben." Und in einer Willkommensrede vor den Kadetten der U.S. Naval Academy (der US-Marine-Akademie) am 22. Mai hob Obama nochmals hervor: "Wir werden Amerikas militärische Dominanz aufrechterhalten, und Sie werden die am besten kämpfende Truppe sein, die diese Welt je gesehen hat."

Es ist ihm offensichtlich entgangen, dass die Vereinigten Staaten überhaupt nicht mehr in der Lage sind, die alles beherrschende Weltmacht zu bleiben; wer anderes behauptet, beschwört nur ein Desaster herauf.

Nach einer wachsenden Übereinstimmung von Wirtschafts- und Politikwissenschaftlern auf der ganzen Welt ist es für die Vereinigten Staaten unmöglich, dieser Rolle einfach weiterspielen zu wollen, während vor aller Augen ihre wirtschaftliche Macht immer mehr dahinschwindet. In der Geschichte des Imperialismus hat ein Staat in dieser Lage noch nie seine Vormachtstellung halten können. Robert Pape von der University of Chicago, der Autor der wichtigen Studie "Dying to Win: Strategic Logic of Suicide Terrorism" (Sterben, um zu siegen: Die strategische Logik des Selbstmord-Terrorismus), die 2005 bei Random House erschienen ist, schreibt bezeichnenderweise (Der Artikel ist aufzurufen unter <http://www.nationalinterest.org/Article.aspx?id=20484>):

"Amerika befindet sich in einem beispiellosen Niedergang. Die selbst zugefügten Wunden des Irak-Krieges, die wachsenden Schulden der Regierung, das ständig steigende Zahlungsbilanzdefizit und andere interne ökonomische Schwächen haben zu einem großen Machtverlust der USA in der heutigen Welt mit ihrem schnellen Wachstum des Wissens und des technischen Fortschritts geführt. Wenn sich die

gegenwärtigen Tendenzen fortsetzen, werden wir rückblickend erkennen, das in den Bush-Jahren der Tod der US-Hegemonie eingeläutet wurde."

Unser militärisches Imperium hat absurde, ja kafkaeske Züge. Jay Barr, ein Insolvenz-Anwalt, macht das mit einer aufschlussreichen Analogie deutlich:

"Gleichgültig ob ein Schuldner einen Konkurs oder eine Teilentschuldung anstrebt, muss er, wenn er ein Entschuldungs-Verfahren wünscht, eine Liste seiner Ausgaben vorlegen, die dann, wenn sie vernünftig sind, mit seinem verfügbaren Einkommen verglichen werden, um den Nachweis zu führen, dass ihm nur begrenzte Mittel zu Verfügung stehen, um die Forderungen seiner Gläubiger zu befriedigen. Stellen Sie sich jetzt einmal eine Person vor, die beim Anmelden ihres Konkurses behauptet, sie könne ihre Schulden nicht zurückzahlen, weil sie astronomische Ausgaben für mindestens 737 Filialen in Übersee aufbringen müsse, die trotz der gewaltigen Summen, die sie verschlingen, keinen einzigen Dollar Gewinn einbringen. Er wird seinen Konkurs nicht abwickeln können, ohne den Großteil seines Besitzes zugunsten seiner Gläubiger veräußert zu haben – einschließlich der wertvollen Grundstücke im Ausland, auf denen er seine Filialen errichtet hat." (s. <http://original.antiwar.com/barr/2009/04/01/calling-the-US-bankrupt-is-insulting/>)

(Für die US-Basen in der Bundesrepublik trifft dieser Vergleich nicht zu, weil sie sich alle auf Liegenschaften des Bundes befinden, die den US-Streitkräften kostenfrei, aber nur auf Zeit überlassen wurden, und eigentlich nur zur Verteidigung der Bundesrepublik genutzt werden dürfen. Da die Bundesrepublik nach Auflösung des so genannten "Warschauer Paktes" nicht mehr verteidigt werden muss, hätten die US-Streitkräfte längst abziehen oder bis zu ihrem Abzug Pacht für ihre hiesigen Basen zahlen müssen. Bei Rückgabe entstünden außerdem zusätzliche Kosten, weil die US-Streitkräfte die Beseitigung von Kontaminationen zu bezahlen haben.)

Mit anderen Worten, die Vereinigten Staaten ziehen ihren eigenen Bankrott nicht ernsthaft in Betracht. Sie ignorieren ihren wirtschaftlichen Niedergang einfach und flirten mit der Zahlungsunfähigkeit.

Nick Turse, der Autor des Buches "The Complex: How the Military Invades our Everyday Lives" (Der Komplex: Wie das Militär in unser tägliches Leben eindringt), erschienen 2008 bei Metropolitan Books, schätzt, dass wir 2,6 Milliarden Dollar Erlös erzielen könnten, wenn wir unsere Basis auf der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean verkaufen würden, und weitere 2,2 Milliarden Dollar, wenn wir uns von der Guantánamo Bay auf Kuba trennen. Und das sind nur zwei unserer mehr als 800 überflüssigen militärischen Enklaven. (s. <http://www.tomdispatch.com/post/174994>)

(Diego Garcia, der letzte britische Kolonialbesitz im Indischen Ozean, ist bis 2016 an die USA ausgeliehen. [s. http://de.wikipedia.org/wiki/Diego_Garcia] Die Guantánamo Bay wurde 1903 von Kuba auf 99 Jahre an die USA verpachtet und hätte längst geräumt und an Kuba zurückgegeben werden müssen, weil der Pachtvertrag seit 2002 abgelaufen ist. [s. http://de.wikipedia.org/wiki/Guantanamo_Bay_Naval_Base#Kolonialzeit] Die USA können die beiden Stützpunkte also überhaupt nicht verkaufen, weil sie ihnen nicht gehören.)

Unsere Weigerung, wenigstens Sparmaßnahmen durchzuführen, wenn wir schon nicht Konkurs anmelden, beruht auf einer bemerkenswerten Fehleinschätzung (unserer tatsächlichen Situation). Bei seinem ersten offiziellen Besuch in China seit seinem Amtsantritt als Finanzminister versicherte Timothy Geithner vor Studenten an der Universität Peking: "Die Geldanlagen Chinas in den Vereinigten Staaten sind ganz sicher." Nach Pressemeldun-

gen brachen die Studenten in lautes Gelächter aus. Sie hatten auch allen Grund dazu. (s. <http://wonderlandwire.wordpress.com/2009/06/01/audience-laughs-after-geithner-tells-china-its-dollar-assets-are-safe/>)

Im Mai 2009 sagte das Office of Management and Budget (das Büro für Management und Haushalt des Weißen Hauses) voraus, dass die Vereinigten Staaten 2010 ein Haushaltsdefizit von mindestens 1,75 Billionen Dollar zu erwarten haben. Das schließt weder das geplante Budget von 640 Milliarden Dollar für das Pentagon, noch die Kosten für die zwei bemerkenswert teuren Kriege ein, die wir führen. Die Summe ist so riesig, dass mehrere Generationen amerikanischer Bürger für die Kosten der imperialen Abenteuer George W. Bushs zahlen müssen – wenn sie dazu überhaupt in der Lage sind oder es wollen. Das Defizit entspricht etwa 13 Prozent unseres gegenwärtigen Bruttoinlandsprodukts, das sind 13 Prozent des Wertes aller Waren und Dienstleistungen, die wir produzieren. Dazu ist anzumerken, dass das Haushaltsdefizit europäischer Staaten, die sich der Eurozone anschließen wollen, nicht größer als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sein darf.

Bis jetzt hat Präsident Obama nur eine mickrige Kürzung der verschwenderischen, im Grunde wertlosen Militärausgaben um 8,8 Milliarden Dollar angekündigt, worin auch der Produktionsstopp für den F-22-Kampfflugzeug enthalten ist. Trotzdem wird das Pentagon-Budget für das nächste Jahr tatsächlich höher und nicht niedriger sein, als das ohnehin schon aufgeblähte letzte Militärbudget der Bush-Ära. Wenn wir auch nur den Anschein finanzpolitischer Integrität wahren wollen, wird die Kürzung unseren Militärausgaben in naher Zukunft sehr viel drastischer ausfallen müssen. (s. <http://www.tomdispatch.com/post/175045> und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP05209_030309.pdf)

2. Wir sind dabei, den Krieg in Afghanistan zu verlieren, und diese Niederlage wird unseren Bankrott beschleunigen

Einer unserer strategischen Hauptfehler in Afghanistan war, nicht zu berücksichtigen, dass sowohl Großbritannien als auch die Sowjetunion Afghanistan mit den gleichen militärischen Methoden befrieden wollten, die auch wir anwenden, und kläglich gescheitert sind. Wir scheinen nichts aus Afghanistans moderner Geschichte gelernt, ja uns noch nicht einmal damit beschäftigt zu haben. Zwischen 1849 und 1947 entsandte Großbritannien fast jährlich Expeditionstruppen gegen die Paschtunen und mit ihnen verwandte Stämme in die damals als Nordwestliche Grenzregionen bezeichneten Gebiete – in die Region beiderseits der künstlichen Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan, die als Durand-Linie bekannt ist. Diese (willkürliche) Grenze wurde 1893 von Mortimer Durand, dem damaligen britischen Außenminister der indischen Regierung gezogen. (s. dazu http://en.wikipedia.org/wiki/Mortimer_Durand)

Weder Großbritannien noch Pakistan haben es jemals geschafft, eine wirksame Kontrolle über dieses Gebiet auszuüben. Der bedeutende Historiker Louis Dupree hat dazu in seinem Buch "Afghanistan", das 2002 bei Oxford University Press erschienen ist, auf S. 425 geschrieben: "Die Paschtunen-Stämme sind – schon fast genetisch bedingt – erfahrene Guerillakämpfer, weil sie sich seit Jahrhunderten allen Eroberern widersetzt und sich auch untereinander bekämpft haben, wenn kein äußerer Feind zu bekriegen war; sie haben alle Versuche, die Pax Britannica auf ihre gebirgige Heimat zu erweitern, erfolgreich zurückgewiesen." In einer nicht klar zu begrenzenden Region beiderseits der Durand-Linie leben etwa 41 Millionen Paschtunen, die weder die pakistanische noch die afghanische Zentralregierung anerkennen.

Einige dieser Stammesgebiete, die heute als Federally Administered Tribal Areas / FATA (Föderalistisch verwaltete Stammesgebiete) bezeichnet werden, gehören zu Pakistan und

werden von Islamabad aus verwaltet; sie sind – wie zu Zeiten des britischen Weltreichs – in sieben Agencies (Agenturen) unterteilt, die alle einem eigenen "Political Agent" unterstehen, der genau so machtlos ist, wie seine Vorgänger während der Kolonialzeit. Damals wie heute leisten die Paschtunen-Stämme, die in der FATA-Region Wasiristan leben, den härtesten Widerstand. (Erläuterungen s. <http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/asia/article6524296.ece>)

Paul Fitzgerald und Elizabeth Gould, die erfahrenen Afghanistan-Experten und Autoren des Buches " Invisible History: Afghanistan's Untold Story" (Unbekannte Historie: Afghanistans noch nicht erzählte Geschichte), das 2009 bei City Lights erschienen ist, schreiben dazu auf S. 317 ihres Buches:

"Auch wenn Washingtons Bürokraten sich nicht an die Geschichte dieser Region erinnern, die Afghanen tun das sehr wohl. Schon die Briten haben nach dem Ersten Weltkrieg die gleichen Paschtunen-Dörfer mit Flugzeugen bombardiert und wurden deshalb verurteilt. Als die sowjetischen MiGs (Kampffjets) und die besonders gefürchteten Mi-24 Kampfhubschrauber (NATO-Codename: Hind = Hirschkuh), das Gleiche während der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts taten, wurden ihre Piloten Verbrecher genannt. Wenn jetzt Amerika seine gewaltige Feuerkraft auf die gleiche rücksichtslose und unkontrollierte Weise einsetzt, fordert es erneut das Gefühl der Menschen für Gerechtigkeit und Moral heraus und bringt die Afghanen und die islamische Welt noch mehr gegen die Vereinigten Staaten auf."

1932 haben die Briten bei Gräueltaten, die an (die von der deutschen Legion Condor durchgeführte Bombardierung der baskischen Stadt) Guernica erinnern, in Wasiristan auch Giftgas eingesetzt. Auf einer Abrüstungskonferenz im gleichen Jahre sollten Luftangriffe auf Zivilisten verboten werden; aber Lloyd George, der während des Ersten Weltkriegs Premierminister in Großbritannien war, brüstete sich später: "Wir beharrten auf unserem Recht, Nigger zu bombardieren". Das Zitat stammt aus dem o. a. Buch von Fitzgerald und Gould, und ist auf S. 65. zu finden. Lloyd Georges Ansicht setzte sich durch.

Die Vereinigten Staaten verfahren heute ähnlich, aber mit der neuen Entschuldigung, bei der Tötung unbeteiligter Zivilisten handele es sich um durch menschliche Irrtümer verursachte "Kollateralschäden". Der Einsatz unbemannter Drohnen, die mit sehr geringer Zielgenauigkeit auch von Computern auf Militärbasen in den Wüsten Arizonas und Nevadas dirigiert werden, hat Hunderte, wahrscheinlich sogar Tausende unbewaffneter Zivilisten in Pakistan und Afghanistan das Leben gekostet. Die Regierungen in Pakistan und Afghanistan haben wiederholt davor gewarnt, dass wir genau die Leute gegen uns aufbringen, denen wir angeblich die Demokratie bringen wollen.

Als im Mai 2009 General Stanley McChrystal zum Kommandeur (aller US- und NATO-Truppen) in Afghanistan ernannt wurde, erließ er neue Richtlinien zur Begrenzung der Luftangriffe, einschließlich derjenigen, die von der CIA (mit Drohnen) durchgeführt werden (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP14809_100709.pdf); diese Einschränkungen gelten aber nicht, wenn eigene Truppen geschützt werden müssen. Schon zwei Tage später, am 23. Juni 2009, erwies sich die Wirkungslosigkeit solcher Richtlinien von übergeordneten Kommandostellen; bei einem Drohnen-Angriff auf einen Leichenzug wurden mindestens 80 Menschen getötet. Das sind die meisten Opfer, die bisher ein US-Luftangriff auf pakistanischem Territorium gefordert hat. Die amerikanische Mainstream-Presse oder unsere TV-Sender haben überhaupt nichts darüber berichtet. Die Medien waren nur mit den sexuellen Abenteuern des Gouverneurs von South Carolina und dem Tod des Popstars Michael Jackson beschäftigt. (s. <http://news.antiwar.com/2009/06/25/pakistan-expresses-concern-after-us-drone-attack-on-funeral/>)

Unsere Militäreinsätze in Pakistan und in Afghanistan leiden seit langem unter unzulänglichen und ungenauen Geheimdienstinformationen über die beiden Länder und unter ideologischen Vorurteilen über Gruppierungen, die wir unterstützen, und andere, die wir bekämpfen sollen; außerdem gibt es nur kurzsichtige Vorgaben bezüglich der Ziele, die wir zu erreichen hoffen. Fitzgerald und Gould beklagen zum Beispiel, dass sich unsere Geheimdienste vor allem auf Afghanistan konzentrieren, "obwohl Pakistan schon immer das eigentliche Problem war":

"Pakistans Armee und deren Geheimdienst Inter-Services Intelligence / ISI ... haben seit 1973 bis in die 80 Jahre des letzten Jahrhunderts eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung und beim Einsatz der Mudschaheddin gegen die sowjetische Armee gespielt ... und anschließend bei der Erschaffung der Taliban. Pakistans Armee kontrolliert die Atomwaffen, verhindert jede demokratische Entwicklung, bildet Taliban-kämpfer für Selbstmordattentate aus und befiehlt ihnen, die US- und NATO-Soldaten zu bekämpfen, welche die afghanische Regierung schützen." Das ist auf den Seiten 322-324 ihres Buches nachzulesen.

Die pakistanische Armee und ihr Geheimdienst werden teilweise von frommen Muslimen geführt; diese haben die Taliban in Afghanistan aber in Verfolgung eigener Ziel und nicht unbedingt zur Vorbereitung des Dschihad (des heiligen Krieges zur Verbreitung des Islams) gefördert. Ihre Hauptabsicht war immer, Afghanistan aus dem russischen oder indischen Einflussbereich herauszuhalten. Sie haben Mudschaheddin in ihrem Land (und in anderen Ländern) rekrutiert und (in pakistanischen Camps) trainiert, um sie als Guerillakämpfer in Regionen wie Kaschmir einzusetzen, das sowohl Pakistan als auch Indien für sich beanspruchen, und um radikale Islamisten aus Pakistan nach Afghanistan wegzulocken. Von Saudi-Arabien, von den Emiraten am Persischem Golf und von den Vereinigten Staaten haben sie dafür riesige Geldsummen erpresst, um angeblich "Freiheitskämpfer" für die ganze islamische Welt auszubilden. Pakistans konsequente Politik hat schon immer dazu gedient, die Machenschaften seines Militärgeheimdienstes ISI zu unterstützen und den Einfluss seines Hauptfeindes und Konkurrenten Indien einzuschränken.

Douglas MacGregor, ein Oberst der US-Army im Ruhestand, der als Berater für das Center for Defense (das Zentrum für Verteidigungsfragen) in Washington arbeitet, fasst unser aussichtsloses Projekt im südlichen Asien wie folgt zusammen: "Nichts, was wir tun, wird die 125 Millionen Muslime in Pakistan dazu bringen, gemeinsame Sache mit den Vereinigten Staaten zu machen, die beste Beziehungen zu zwei Staaten unterhalten, die unbestreitbar anti-muslimisch eingestellt sind – zu Israel und Indien." (s. dazu auch <http://www.defensenews.com/story.php?i=4106190&c=FEA&s=COM>)

Die "Woge" von Soldaten, die Obama Mitte 2009 ins südliche Afghanistan und besonders in die Provinz Helmand, eine Taliban-Hochburg, entsandt hat, erinnert stark an die dauernden Truppenanforderungen des Generals William Westmoreland im Vietnam-Krieg und an dessen Versprechungen, wenn wir die Gewalt-Schraube nur ein wenig anzögen und etwas höhere Verluste in Kauf nähmen, könnten wir ganz sicher den Willen der vietnamesischen Aufständischen brechen. Er hatte unsere Lage im Vietnam-Krieg genau so falsch eingeschätzt, wie das heute in Afghanistan geschieht.

Zwanzig Jahre, nachdem sich die Truppen der Roten Armee geschlagen aus Afghanistan zurückzogen haben, gab ihr letzter Kommandeur, der General Boris Gromov, eine Prognose ab: Die über zehntausend neuen Soldaten, die Obama gerade nach Afghanistan entsandt hat, würden dort ein Desaster erleben – wie die russischen Soldaten, von denen etwa 15.000 in Afghanistan gefallen seien. (s. <http://abcnews.go.com/International/wire-Story?id=6871280>)

Wir sollten erkennen, dass wir Zeit, Menschenleben und Ressourcen in einer Region vergeuden, deren politische Dynamik wir noch nie verstanden haben und in der wir weiterhin nur Fehler machen können.

3. Wir müssen uns von der verheimlichten Schande unseres Basen-Imperiums befreien

Im März schrieb der kommentierende Kolumnist Bob Herbert in der NEW YORK TIMES: "Vergewaltigung und andere sexuelle Übergriffe gegen Frauen sind eine große Schande für die US-Streitkräfte, und es gibt keine Anzeichen dafür, dass man dieses grässliche Problem, das man so gut wie möglich zu verheimlichen versucht, in den Griff bekommt." Er fuhr fort: (s. <http://www.nytimes.com/2009/03/21/opinion/21herbert.html>)

"Neue vom Pentagon veröffentlichte Daten zeigten eine fast 9-prozentige Steigerung der Anzahl sexueller Übergriffe auf insgesamt 2.923 – und eine 25-prozentige Zunahme solcher Angriffe auf Frauen, die im letzten Jahr bei den US-Streitkräften im Irak und in Afghanistan gedient haben. Versuchen Sie sich vorzustellen, wie bizarr das ist, dass sich Frauen in amerikanischen Uniformen, die den ganzen Stress auf sich nehmen, der mit dem Einsatz in einer Kampfzone verbunden ist, auch noch gegen Vergewaltiger in der gleichen Uniform verteidigen müssen, die beim Antreten neben ihnen stehen."

Das Problem wird verschlimmert, wenn unsere auf Basen im Ausland stationierten Truppen mitten unter der einheimischen Zivilbevölkerung leben und diese mit den Augen feindlicher Eroberer betrachten. So ist zum Beispiel die von amerikanische GIs ausgehende sexuelle Gewalt gegen (einheimische) Frauen und Mädchen auf der Insel Okinawa, die Japans ärmste Präfektur ist, außer Kontrolle geraten; diese Insel ist seit ihrer Eroberung vor 64 Jahren ununterbrochen von Soldaten der Army, der Marines und der Air Force besetzt.

Auf dieser Insel hat die größte anti-amerikanischen Demonstrationen in Japan seit Ende des Zweiten Weltkriegs stattgefunden, nachdem 1995 eine zwölfjährige Schülerin von zwei Marinesoldaten und einem Matrosen gekidnappt und vergewaltigt worden war und beinahe einem Mordversuch zum Opfer gefallen ist. Vergewaltigungen sind ein Problem im Umkreis aller US-Basen auf allen Kontinenten und tragen wahrscheinlich genau so viel dazu bei, dass wir im Ausland verabscheut werden, wie die Politik der Bush-Administration und die wirtschaftlich Ausbeutung und der Raub der Rohstoffe, die wir den von Armut geplagten Ländern zumuten.

Das Militär selbst hat bisher fast nichts getan, um seine eigenen weiblichen Soldaten zu schützen oder die Rechte unschuldiger Anwohner zu achten, die gezwungen sind, neben unseren häufig rassistisch voreingenommenen und rücksichtslosen Truppen zu leben. "Die Aufzeichnungen des Militärs über gerichtlich verfolgte Vergewaltiger sind nicht nur lückenhaft, sie sind einfach völlig unzureichend," schrieb (der Kolumnist) Herbert. In allen Staaten, in denen US-Streitkräfte stationiert sind, unternehmen das Oberkommando und das Außenministerium gewaltige Anstrengungen, um so genannte "Status of Forces Agreements / SOFAs (Vereinbarungen über den Status unserer Streitkräfte) zu treffen, durch die Gastgeber-Regierungen daran gehindert werden, die Rechtsprechung über US-Soldaten auszuüben, die Verbrechen in den Gastgeber-Ländern begehen. Die SOFAs machen es unserem Militär auch möglich, US-Beschuldigte aus einem Land zu bringen, bevor sie von den einheimischen Behörden angeklagt und eingesperrt werden können. (s. http://www.tomdispatch.com/post/1112/chalmers_johnson_on_imperial_rights)

Dieses Problem wird am Fall einer australischen Lehrerin, die schon lange in Japan lebt

sehr deutlich. Sie wurde im April 2002 von einem Matrosen des Flugzeugträgers "USS Kitty Hawk" vergewaltigt, der damals auf dem großen Flottenstützpunkt Yokosuka stationiert war. Sie identifizierte ihren Vergewaltiger und zeigte ihn sowohl bei den japanischen als auch bei den US-Militärbehörden an. Aber nicht der Täter wurde eingesperrt und angeklagt, sondern das Opfer wurde schikaniert und von der örtlich zuständigen japanischen Polizei erniedrigt. Währenddessen musste der Verdächtigen aus der US-Navy ausscheiden, erhielt aber Gelegenheit, sich in die Vereinigten Staaten abzusetzen und damit der Verfolgung nach japanischem Recht zu entziehen; er lebt heute (unbehelligt) in den USA.

Bei dem Versuch, Gerechtigkeit zu erlangen, entdeckte die australische Lehrerin, dass fast fünfzig Jahre vorher, im Oktober 1953, die japanische und die amerikanischen Regierung als Teil ihrer SOFAs ein "Geheimpapier" unterzeichnet hatten, in dem Japan sich bereit erklärt, auf seine rechtliche Zuständigkeit zu verzichten, wenn ein Verbrechen nicht "von nationaler Bedeutung für Japan" ist. Die Vereinigten Staaten kämpften unermüdlich um dieses Zugeständnis, weil sie fürchteten, dass sonst wahrscheinlich jedes Jahr etwa 350 US-Militärs wegen Sexualverbrechen in japanische Gefängnisse wandern würden.

Seit dieser Zeit haben die Vereinigten Staaten ähnliche SOFAs mit Kanada, Irland, Italien, und Dänemark zustande gebracht. Nach dem Handbook of the Law of Visiting Forces (Handbuch über das Recht von Gaststreitkräften) aus dem Jahr 2001 ist die japanische Praxis die weltweite Norm für SOFAs geworden – mit den beabsichtigten Ergebnissen. In Japan wurden von 3.184 US-Militärs, die zwischen 2001 und 2008 Verbrechen begangen haben, 83 Prozent nicht verfolgt. Im Irak haben wir gerade ein SOFA-Abkommen unterzeichnet, das eine starke Ähnlichkeit mit dem ersten hat, das wir nach dem Krieg mit Japan abgeschlossen haben: US-Militärpersonen und US-Söldner von Privatfirmen, die außerdienstliche Verbrechen begangen haben, bleiben in US-Gewahrsam, während die irakischen Behörden ermitteln. Das ist natürlich eine willkommene Gelegenheit, die Beschuldigten aus dem Land zu schaffen, bevor sie angeklagt werden können.

Dahr Jamail, ein Journalist und Autor des Buches "Beyond the Green Zone: Dispatches from an Unembedded Journalist in Occupied Iraq" (Außerhalb der Grünen Zone: Meldungen eines nicht "eingebetteten" Journalisten aus dem besetzten Irak), das 2007 bei Haymarket Books erschienen ist, berichtet, dass beim US-Militär selbst "eine Kultur unbestrafter sexueller Übergriffe" herrsche, und beklagt die "schockierend geringe Anzahl von Verfahren" wegen Vergewaltigungen und anderer sexueller Delikte. Helen Benedict, die Autorin des Buches "The Lonely Soldier: The Private War of Women Serving in Iraq" (Die einsame Soldatin: Der Privatkrieg der im Irak dienenden Frauen), das 2009 bei Beacon Press erschienen ist, nennt die folgende Zahl aus einem 2009 erstellten Pentagon-Report über Sexualdelikte beim Militär: 90 Prozent der Vergewaltigungen innerhalb des US-Militär werden überhaupt nicht gemeldet, und die gemeldeten haben kaum Folgen für die Täter.

Man kann mit Recht sagen, dass das US-Militär einen weltweiten Sexual-Spielplatz für seine Soldaten geschaffen hat und sie auch noch weitgehend vor den Folgen ihres Verhaltens schützt. Aus diesem Grund gründete eine Gruppe ehemaliger Soldatinnen 2006 das Service Women's Action Network / SWAN (das Aktionsnetzwerk für Soldatinnen). Als wichtigste Botschaft verbreiten sie die Forderung: "Keine Frau sollte sich dem Militär anschließen!"

Ich halte es für eine bessere Lösung, unsere Berufsarmee radikal zu verkleinern und alle Truppen aus den Ländern abzuziehen, in denen sie ihre Umgebungen nicht verstehen und und in denen ihnen beigebracht wurde, die Einheimischen als ihnen unterlegene, minderwertige Wesen anzusehen.

Zehn Schritte zur Liquidieren des Imperiums

Der Rückbau des US-Imperiums kann natürlich nur schrittweise erfolgen. Hier werden zehn Schlüsselprobleme genannt, mit denen begonnen werden sollte.

1. Wir müssen die schweren Umweltschäden stoppen, die wir mit unseren Basen überall auf unserem Planeten anrichten. Wir müssen auch aufhören, uns mit SOFAs von jeder Verantwortung für deren notwendige Beseitigung nach unserem Abzug freisprechen zu lassen.

2. Die Liquidierung unseres Imperiums wird uns von der Last unserer Basen und den damit verbundene Kosten befreien – mit unseren Talenten und den freiwerdenden Mitteln könnten wir vieles tun, was wir jetzt nicht können oder wollen.

3. Wie wir bereits wissen, aber häufig vergessen, gebärt der Imperialismus die Anwendung der Folter. In den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts halfen wir, die gewählten Regierungen in Brasilien und Chile zu stürzen, und unterstützen Folterregime, wobei sich unsere eigener Umgang mit Gefangenen im Irak und in Afghanistan bereits ankündigte. A. J. Langguth hat in seinem 1979 bei Pantheon erschienenen Buch "Hidden Terrors" (Verborgener Terror) darüber berichtet, wie die Vereinigten Staaten Foltermethoden nach Brasilien und Uruguay gebracht haben. Die Auflösung unseres Imperiums könnte das wirkliche Ende der ausufernden amerikanischen Folterpraxis im Ausland bedeuten.

4. Wir müssen den immer länger werdenden Zug von Mitläufern, Familienangehörigen, Zivilangestellten des Verteidigungsministeriums und Profiteuren stoppen, die zusammen mit kostspieligen medizinischen Einrichtungen, komfortablen Wohnanlagen, Schwimmbädern, Klubs, Golfplätzen und so weiter unseren militärischen Enklaven um die Welt folgen. (s. http://www.alternet.org/workplace/82009/the_military-leisure_golf_complex/)

5. Wir müssen den vom militärisch-industriellen Komplex verbreiteten Mythos entzaubern, dass unser Militär in Bezug auf Jobs, wissenschaftliche Forschung und Verteidigung unverzichtbar sei. Diese angeblichen Vorteile sind seit langem durch ernst zu nehmende wirtschaftswissenschaftliche Forschungen als Fehleinschätzung entlarvt worden. Das Ende des amerikanischen Imperiums würde diese These bestätigen. (s. <http://www.tomdispatch.com/post/174982/>)

6. Als demokratische Nation, die ihre Selbstachtung wiedergewinnen will, müssen wir aufhören, der weltgrößte Exporteur von Waffen und Munition zu sein, und darauf verzichten, Armeen der Dritten Welt in Foltertechniken auszubilden und sie auf militärische Staatsstreiche und Hilfsdienste für unser Imperium vorzubereiten. Ein Hauptkandidat für die sofortige Schließung ist die so genannte School of the Americas, die berüchtigte Militärakademie der US-Army in Fort Benning in Georgia, in der Offiziere für Lateinamerika ausgebildet werden. Sie wird in meinem Buch "The Sorrows of Empire" (Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie), das 2004 bei Metropolitan Books erscheinen ist, auf den Seiten 136-140 beschrieben.

7. In Anbetracht unserer wachsenden Haushaltsprobleme sollten wir das Trainings Corps für Reserveoffiziere und andere langjährige Programme abschaffen, die den Militarismus in unseren Schulen fördern.

8. Wir müssen die Disziplin und die Verantwortlichkeit in unseren Streitkräften wieder herstellen, indem wir die Beschäftigung von Söldnern und Agenten privater Sicherheits- und Militärfirmen, die außerhalb der militärischer Befehlskette und der Militärgesetze arbeiten, radikal einschränken. Jeremy Scahill hat sich in seinem Buch "Blackwater: The Rise of the

World's Most Powerful Mercenary Army" (Blackwater: Aufstieg und Fall der mächtigsten Söldnerarmee der Welt), das 2007 bei Nation Books erschienen ist, mit diesem Problem befasst. Das Ende unseres Imperiums würde es lösen.

9. Wir müssen die Mannschaftsstärke unserer Berufsarmee verkleinern und nicht vergrößern und uns viel intensiver um unsere kriegsversehrten Soldaten und ihre durch den Kampf verursachten psychischen Schäden kümmern.

10. Um die Hauptbotschaft dieses Essays zu wiederholen: Wir dürfen vor allem nicht länger einseitig auf militärische Gewalt als Hauptinstrument zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele vertrauen.

Leider haben in der Vergangenheit nur wenige Imperien ihren Herrschaftsanspruch freiwillig aufgegeben, um unabhängige, autonome Staaten zu bleiben. Die zwei wichtigsten Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit sind das britische und das sowjetische Imperium. Wenn wir ihrem Beispiel nicht folgen, sind unser (weiterer) Niedergang und der (endgültige) Fall nicht mehr aufzuhalten.

Chalmers Johnson ist der Autor der Bücher "Blowback" (2000), The Sorrows of Empire (2004) und "Nemesis: The last Days of the American Republic (2006) und Herausgeber des Buches "Okinawa: Cold War Island (1999).

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Hinweisen in Klammern versehen. Längere eigene Ergänzungen im Text sind zusätzlich kursiv gehalten. Auf den Chalmers Johnson-Artikel folgen noch eine Reihe von Literaturhinweisen, die Sie am Ende des nachfolgend abgedruckten Originaltextes finden.)



July 30, 2009

Three Good Reasons To Liquidate Our Empire And Ten Steps to Take to Do So

By Chalmers Johnson

However ambitious President Barack Obama's domestic plans, one unacknowledged issue has the potential to destroy any reform efforts he might launch. Think of it as the 800-pound gorilla in the American living room: our longstanding reliance on imperialism and militarism in our relations with other countries and the vast, potentially ruinous global empire of bases that goes with it. The failure to begin to deal with our bloated military establishment and the profligate use of it in missions for which it is hopelessly inappropriate will, sooner rather than later, condemn the United States to a devastating trio of consequences: imperial overstretch, perpetual war, and insolvency, leading to a likely collapse similar to that of the former Soviet Union.

According to the 2008 official Pentagon inventory of our military bases around the world, our empire consists of 865 facilities in more than 40 countries and overseas U.S. territo-

ries. We deploy over 190,000 troops in 46 countries and territories. In just one such country, Japan, at the end of March 2008, we still had 99,295 people connected to U.S. military forces living and working there -- 49,364 members of our armed services, 45,753 dependent family members, and 4,178 civilian employees. Some 13,975 of these were crowded into the small island of Okinawa, the largest concentration of foreign troops anywhere in Japan.

These massive concentrations of American military power outside the United States are not needed for our defense. They are, if anything, a prime contributor to our numerous conflicts with other countries. They are also unimaginably expensive. According to Anita Dancs, an analyst for the website Foreign Policy in Focus, the United States spends approximately \$250 billion each year maintaining its global military presence. The sole purpose of this is to give us hegemony -- that is, control or dominance -- over as many nations on the planet as possible.

We are like the British at the end of World War II: desperately trying to shore up an empire that we never needed and can no longer afford, using methods that often resemble those of failed empires of the past -- including the Axis powers of World War II and the former Soviet Union. There is an important lesson for us in the British decision, starting in 1945, to liquidate their empire relatively voluntarily, rather than being forced to do so by defeat in war, as were Japan and Germany, or by debilitating colonial conflicts, as were the French and Dutch. We should follow the British example. (Alas, they are currently backsliding and following our example by assisting us in the war in Afghanistan.)

Here are three basic reasons why we must liquidate our empire or else watch it liquidate us.

1. We Can No Longer Afford Our Postwar Expansionism

Shortly after his election as president, Barack Obama, in a speech announcing several members of his new cabinet, stated as fact that "[w]e have to maintain the strongest military on the planet." A few weeks later, on March 12, 2009, in a speech at the National Defense University in Washington DC, the president again insisted, "Now make no mistake, this nation will maintain our military dominance. We will have the strongest armed forces in the history of the world." And in a commencement address to the cadets of the U.S. Naval Academy on May 22nd, Obama stressed that "[w]e will maintain America's military dominance and keep you the finest fighting force the world has ever seen."

What he failed to note is that the United States no longer has the capability to remain a global hegemon, and to pretend otherwise is to invite disaster.

According to a growing consensus of economists and political scientists around the world, it is impossible for the United States to continue in that role while emerging into full view as a crippled economic power. No such configuration has ever persisted in the history of imperialism. The University of Chicago's Robert Pape, author of the important study *Dying to Win: The Strategic Logic of Suicide Terrorism* (Random House, 2005), typically writes:

"America is in unprecedented decline. The self-inflicted wounds of the Iraq war, growing government debt, increasingly negative current-account balances and other internal economic weaknesses have cost the United States real power in today's world of rapidly spreading knowledge and technology. If present trends continue, we will look back on the Bush years as the death knell of American hegemony."

There is something absurd, even Kafkaesque, about our military empire. Jay Barr, a bankruptcy attorney, makes this point using an insightful analogy:

"Whether liquidating or reorganizing, a debtor who desires bankruptcy protection must provide a list of expenses, which, if considered reasonable, are offset against income to show that only limited funds are available to repay the bankrupted creditors. Now imagine a person filing for bankruptcy claiming that he could not repay his debts because he had the astronomical expense of maintaining at least 737 facilities overseas that provide exactly zero return on the significant investment required to sustain them... He could not qualify for liquidation without turning over many of his assets for the benefit of creditors, including the valuable foreign real estate on which he placed his bases."

In other words, the United States is not seriously contemplating its own bankruptcy. It is instead ignoring the meaning of its precipitate economic decline and flirting with insolvency.

Nick Turse, author of *The Complex: How the Military Invades our Everyday Lives* (Metropolitan Books, 2008), calculates that we could clear \$2.6 billion if we would sell our base assets at Diego Garcia in the Indian Ocean and earn another \$2.2 billion if we did the same with Guantánamo Bay in Cuba. These are only two of our over 800 overblown military enclaves.

Our unwillingness to retrench, no less liquidate, represents a striking historical failure of the imagination. In his first official visit to China since becoming Treasury Secretary, Timothy Geithner assured an audience of students at Beijing University, "Chinese assets [invested in the United States] are very safe." According to press reports, the students responded with loud laughter. Well they might.

In May 2009, the Office of Management and Budget predicted that in 2010 the United States will be burdened with a budget deficit of at least \$1.75 trillion. This includes neither a projected \$640 billion budget for the Pentagon, nor the costs of waging two remarkably expensive wars. The sum is so immense that it will take several generations for American citizens to repay the costs of George W. Bush's imperial adventures -- if they ever can or will. It represents about 13% of our current gross domestic product (that is, the value of everything we produce). It is worth noting that the target demanded of European nations wanting to join the Euro Zone is a deficit no greater than 3% of GDP.

Thus far, President Obama has announced measly cuts of only \$8.8 billion in wasteful and worthless weapons spending, including his cancellation of the F-22 fighter aircraft. The actual Pentagon budget for next year will, in fact, be larger, not smaller, than the bloated final budget of the Bush era. Far bolder cuts in our military expenditures will obviously be required in the very near future if we intend to maintain any semblance of fiscal integrity.

2. We Are Going to Lose the War in Afghanistan and It Will Help Bankrupt Us

One of our major strategic blunders in Afghanistan was not to have recognized that both Great Britain and the Soviet Union attempted to pacify Afghanistan using the same military methods as ours and failed disastrously. We seem to have learned nothing from Afghanistan's modern history -- to the extent that we even know what it is. Between 1849 and 1947, Britain sent almost annual expeditions against the Pashtun tribes and sub-tribes living in what was then called the North-West Frontier Territories -- the area along either

side of the artificial border between Afghanistan and Pakistan called the Durand Line. This frontier was created in 1893 by Britain's foreign secretary for India, Sir Mortimer Durand.

Neither Britain nor Pakistan has ever managed to establish effective control over the area. As the eminent historian Louis Dupree put it in his book *Afghanistan* (Oxford University Press, 2002, p. 425): "Pashtun tribes, almost genetically expert at guerrilla warfare after resisting centuries of all comers and fighting among themselves when no comers were available, plagued attempts to extend the Pax Britannica into their mountain homeland." An estimated 41 million Pashtuns live in an undemarcated area along the Durand Line and profess no loyalties to the central governments of either Pakistan or Afghanistan.

The region known today as the Federally Administered Tribal Areas (FATA) of Pakistan is administered directly by Islamabad, which -- just as British imperial officials did -- has divided the territory into seven agencies, each with its own "political agent" who wields much the same powers as his colonial-era predecessor. Then as now, the part of FATA known as Waziristan and the home of Pashtun tribesmen offered the fiercest resistance.

According to Paul Fitzgerald and Elizabeth Gould, experienced Afghan hands and coauthors of *Invisible History: Afghanistan's Untold Story* (City Lights, 2009, p. 317):

"If Washington's bureaucrats don't remember the history of the region, the Afghans do. The British used air power to bomb these same Pashtun villages after World War I and were condemned for it. When the Soviets used MiGs and the dreaded Mi-24 Hind helicopter gunships to do it during the 1980s, they were called criminals. For America to use its overwhelming firepower in the same reckless and indiscriminate manner defies the world's sense of justice and morality while turning the Afghan people and the Islamic world even further against the United States."

In 1932, in a series of Guernica-like atrocities, the British used poison gas in Waziristan. The disarmament convention of the same year sought a ban against the aerial bombardment of civilians, but Lloyd George, who had been British prime minister during World War I, gloated: "We insisted on reserving the right to bomb niggers" (Fitzgerald and Gould, p. 65). His view prevailed.

The U.S. continues to act similarly, but with the new excuse that our killing of noncombatants is a result of "collateral damage," or human error. Using pilotless drones guided with only minimal accuracy from computers at military bases in the Arizona and Nevada deserts among other places, we have killed hundreds, perhaps thousands, of unarmed bystanders in Pakistan and Afghanistan. The Pakistani and Afghan governments have repeatedly warned that we are alienating precisely the people we claim to be saving for democracy.

When in May 2009, General Stanley McChrystal was appointed as the commander in Afghanistan, he ordered new limits on air attacks, including those carried out by the CIA, except when needed to protect allied troops. Unfortunately, as if to illustrate the incompetence of our chain of command, only two days after this order, on June 23, 2009, the United States carried out a drone attack against a funeral procession that killed at least 80 people, the single deadliest U.S. attack on Pakistani soil so far. There was virtually no reporting of these developments by the mainstream American press or on the network television news. (At the time, the media were almost totally preoccupied by the sexual adventures of the governor of South Carolina and the death of pop star Michael Jackson.)

Our military operations in both Pakistan and Afghanistan have long been plagued by in-

adequate and inaccurate intelligence about both countries, ideological preconceptions about which parties we should support and which ones we should oppose, and myopic understandings of what we could possibly hope to achieve. Fitzgerald and Gould, for example, charge that, contrary to our own intelligence service's focus on Afghanistan, "Pakistan has always been the problem." They add:

"Pakistan's army and its Inter-Services Intelligence branch... from 1973 on, has played the key role in funding and directing first the mujahideen [anti-Soviet fighters during the 1980s]... and then the Taliban. It is Pakistan's army that controls its nuclear weapons, constrains the development of democratic institutions, trains Taliban fighters in suicide attacks and orders them to fight American and NATO soldiers protecting the Afghan government." (p. 322-324)

The Pakistani army and its intelligence arm are staffed, in part, by devout Muslims who fostered the Taliban in Afghanistan to meet the needs of their own agenda, though not necessarily to advance an Islamic jihad. Their purposes have always included: keeping Afghanistan free of Russian or Indian influence, providing a training and recruiting ground for mujahideen guerrillas to be used in places like Kashmir (fought over by both Pakistan and India), containing Islamic radicalism in Afghanistan (and so keeping it out of Pakistan), and extorting huge amounts of money from Saudi Arabia, the Persian Gulf emirates, and the United States to pay and train "freedom fighters" throughout the Islamic world. Pakistan's consistent policy has been to support the clandestine policies of the Inter-Services Intelligence and thwart the influence of its major enemy and competitor, India.

Colonel Douglas MacGregor, U.S. Army (retired), an adviser to the Center for Defense Information in Washington, summarizes our hopeless project in South Asia this way: "Nothing we do will compel 125 million Muslims in Pakistan to make common cause with a United States in league with the two states that are unambiguously anti-Muslim: Israel and India."

Obama's mid-2009 "surge" of troops into southern Afghanistan and particularly into Helmand Province, a Taliban stronghold, is fast becoming darkly reminiscent of General William Westmoreland's continuous requests in Vietnam for more troops and his promises that if we would ratchet up the violence just a little more and tolerate a few more casualties, we would certainly break the will of the Vietnamese insurgents. This was a total misreading of the nature of the conflict in Vietnam, just as it is in Afghanistan today.

Twenty years after the forces of the Red Army withdrew from Afghanistan in disgrace, the last Russian general to command them, Gen. Boris Gromov, issued his own prediction: Disaster, he insisted, will come to the thousands of new forces Obama is sending there, just as it did to the Soviet Union's, which lost some 15,000 soldiers in its own Afghan war. We should recognize that we are wasting time, lives, and resources in an area where we have never understood the political dynamics and continue to make the wrong choices.

3. We Need to End the Secret Shame of Our Empire of Bases

In March, New York Times op-ed columnist Bob Herbert noted, "Rape and other forms of sexual assault against women is the great shame of the U.S. armed forces, and there is no evidence that this ghastly problem, kept out of sight as much as possible, is diminishing." He continued:

"New data released by the Pentagon showed an almost 9 percent increase in the number of sexual assaults -- 2,923 -- and a 25 percent increase in such assaults re-

ported by women serving in Iraq and Afghanistan [over the past year]. Try to imagine how bizarre it is that women in American uniforms who are enduring all the stresses related to serving in a combat zone have to also worry about defending themselves against rapists wearing the same uniform and lining up in formation right beside them."

The problem is exacerbated by having our troops garrisoned in overseas bases located cheek-by-jowl next to civilian populations and often preying on them like foreign conquerors. For example, sexual violence against women and girls by American GIs has been out of control in Okinawa, Japan's poorest prefecture, ever since it was permanently occupied by our soldiers, Marines, and airmen some 64 years ago.

That island was the scene of the largest anti-American demonstrations since the end of World War II after the 1995 kidnapping, rape, and attempted murder of a 12-year-old schoolgirl by two Marines and a sailor. The problem of rape has been ubiquitous around all of our bases on every continent and has probably contributed as much to our being loathed abroad as the policies of the Bush administration or our economic exploitation of poverty-stricken countries whose raw materials we covet.

The military itself has done next to nothing to protect its own female soldiers or to defend the rights of innocent bystanders forced to live next to our often racially biased and predatory troops. "The military's record of prosecuting rapists is not just lousy, it's atrocious," writes Herbert. In territories occupied by American military forces, the high command and the State Department make strenuous efforts to enact so-called "Status of Forces Agreements" (SOFAs) that will prevent host governments from gaining jurisdiction over our troops who commit crimes overseas. The SOFAs also make it easier for our military to spirit culprits out of a country before they can be apprehended by local authorities.

This issue was well illustrated by the case of an Australian teacher, a long-time resident of Japan, who in April 2002 was raped by a sailor from the aircraft carrier USS Kitty Hawk, then based at the big naval base at Yokosuka. She identified her assailant and reported him to both Japanese and U.S. authorities. Instead of his being arrested and effectively prosecuted, the victim herself was harassed and humiliated by the local Japanese police. Meanwhile, the U.S. discharged the suspect from the Navy but allowed him to escape Japanese law by returning him to the U.S., where he lives today.

In the course of trying to obtain justice, the Australian teacher discovered that almost fifty years earlier, in October 1953, the Japanese and American governments signed a secret "understanding" as part of their SOFA in which Japan agreed to waive its jurisdiction if the crime was not of "national importance to Japan." The U.S. argued strenuously for this codicil because it feared that otherwise it would face the likelihood of some 350 servicemen per year being sent to Japanese jails for sex crimes.

Since that time the U.S. has negotiated similar wording in SOFAs with Canada, Ireland, Italy, and Denmark. According to the Handbook of the Law of Visiting Forces (2001), the Japanese practice has become the norm for SOFAs throughout the world, with predictable results. In Japan, of 3,184 U.S. military personnel who committed crimes between 2001 and 2008, 83% were not prosecuted. In Iraq, we have just signed a SOFA that bears a strong resemblance to the first postwar one we had with Japan: namely, military personnel and military contractors accused of off-duty crimes will remain in U.S. custody while Iraqis investigate. This is, of course, a perfect opportunity to spirit the culprits out of the country before they can be charged.

Within the military itself, the journalist Dahr Jamail, author of *Beyond the Green Zone: Dispatches from an Unembedded Journalist in Occupied Iraq* (Haymarket Books, 2007), speaks of the "culture of unpunished sexual assaults" and the "shockingly low numbers of courts martial" for rapes and other forms of sexual attacks. Helen Benedict, author of *The Lonely Soldier: The Private War of Women Serving in Iraq* (Beacon Press, 2009), quotes this figure in a 2009 Pentagon report on military sexual assaults: 90% of the rapes in the military are never reported at all and, when they are, the consequences for the perpetrator are negligible.

It is fair to say that the U.S. military has created a worldwide sexual playground for its personnel and protected them to a large extent from the consequences of their behavior. As a result a group of female veterans in 2006 created the Service Women's Action Network (SWAN). Its agenda is to spread the word that "no woman should join the military."

I believe a better solution would be to radically reduce the size of our standing army, and bring the troops home from countries where they do not understand their environments and have been taught to think of the inhabitants as inferior to themselves.

10 Steps Toward Liquidating the Empire

Dismantling the American empire would, of course, involve many steps. Here are ten key places to begin:

1. We need to put a halt to the serious environmental damage done by our bases planet-wide. We also need to stop writing SOFAs that exempt us from any responsibility for cleaning up after ourselves.

2. Liquidating the empire will end the burden of carrying our empire of bases and so of the "opportunity costs" that go with them -- the things we might otherwise do with our talents and resources but can't or won't.

3. As we already know (but often forget), imperialism breeds the use of torture. In the 1960s and 1970s we helped overthrow the elected governments in Brazil and Chile and underwrote regimes of torture that prefigured our own treatment of prisoners in Iraq and Afghanistan. (See, for instance, A.J. Langguth, *Hidden Terrors* [Pantheon, 1979], on how the U.S. spread torture methods to Brazil and Uruguay.) Dismantling the empire would potentially mean a real end to the modern American record of using torture abroad.

4. We need to cut the ever-lengthening train of camp followers, dependents, civilian employees of the Department of Defense, and hucksters -- along with their expensive medical facilities, housing requirements, swimming pools, clubs, golf courses, and so forth -- that follow our military enclaves around the world.

5. We need to discredit the myth promoted by the military-industrial complex that our military establishment is valuable to us in terms of jobs, scientific research, and defense. These alleged advantages have long been discredited by serious economic research. Ending empire would make this happen.

6. As a self-respecting democratic nation, we need to stop being the world's largest exporter of arms and munitions and quit educating Third World militaries in the techniques of torture, military coups, and service as proxies for our imperialism. A prime candidate for immediate closure is the so-called School of the Americas, the U.S. Army's infamous military academy at Fort Benning, Georgia, for Latin American military officers. (See Chalmers

Johnson, *The Sorrows of Empire* [Metropolitan Books, 2004], pp. 136-40.)

7. Given the growing constraints on the federal budget, we should abolish the Reserve Officers' Training Corps and other long-standing programs that promote militarism in our schools.

8. We need to restore discipline and accountability in our armed forces by radically scaling back our reliance on civilian contractors, private military companies, and agents working for the military outside the chain of command and the Uniform Code of Military Justice. (See Jeremy Scahill, *Blackwater: The Rise of the World's Most Powerful Mercenary Army* [Nation Books, 2007]). Ending empire would make this possible.

9. We need to reduce, not increase, the size of our standing army and deal much more effectively with the wounds our soldiers receive and combat stress they undergo.

10. To repeat the main message of this essay, we must give up our inappropriate reliance on military force as the chief means of attempting to achieve foreign policy objectives.

Unfortunately, few empires of the past voluntarily gave up their dominions in order to remain independent, self-governing polities. The two most important recent examples are the British and Soviet empires. If we do not learn from their examples, our decline and fall is foreordained.

Chalmers Johnson is the author of Blowback (2000), The Sorrows of Empire (2004), and Nemesis: The Last Days of the American Republic (2006), and editor of Okinawa: Cold War Island (1999).

[Note on further reading on the matter of sexual violence in and around our overseas bases and rapes in the military: On the response to the 1995 Okinawa rape, see Chalmers Johnson, *Blowback: The Costs and Consequences of American Empire*, chapter 2. On related subjects, see David McNeil, "Justice for Some. Crime, Victims, and the US-Japan SOFA," *Asia-Pacific Journal*, Vol. 8-1-09, March 15, 2009; "Bilateral Secret Agreement Is Preventing U.S. Servicemen Committing Crimes in Japan from Being Prosecuted," *Japan Press Weekly*, May 23, 2009; Dieter Fleck, ed., *The Handbook of the Law of Visiting Forces*, Oxford University Press, 2001; Minoru Matsutani, "'53 Secret Japan-US Deal Waived GI Prosecutions," *Japan Times*, October 24, 2008; "Crime Without Punishment in Japan," *the Economist*, December 10, 2008; "Japan: Declassified Document Reveals Agreement to Relinquish Jurisdiction Over U.S. Forces," *Akahata*, October 30, 2008; "Government's Decision First Case in Japan," *Ryukyu Shimpo*, May 20, 2008; Dahr Jamail, "Culture of Unpunished Sexual Assault in Military," *Antiwar.com*, May 1, 2009; and Helen Benedict, "The Plight of Women Soldiers," *the Nation*, May 5, 2009.]

Copyright 2009 Chalmers Johnson

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern